

Die Grenzen der SVP-Mobilisierung

Selects-Studie zu den eidgenössischen Wahlen 2011

Eine Mehrheit der Stimmbürger kann sich nicht vorstellen, die SVP zu wählen. Gemäss der Wahlstudie Selects ist das Wählerpotenzial der Volkspartei aufgrund ihres provokativen Politikstils beschränkt - und im Vergleich zu 2007 geschrumpft.

Martin Senti

Die eidgenössischen Wahlen 2011 haben zumindest vorläufig eine Trendwende eingeleitet. Die SVP hat nach zwei Dekaden steten Wachstums erstmals eine Niederlage einstecken müssen. Sie ist zwar nach wie vor die klar wählerstärkste Partei, nach der lange anhaltenden Phase der Polarisierung ging 2011 aber erstmals wieder die Mitte leicht gestärkt aus den Wahlen hervor: Die jungen Parteien BDP und GLP konnten sich beide als 5-Prozent-Parteien etablieren. Gemäss der am Montag in Bern vorgestellten, vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Selects-Nachwahlstudie des Lausanner Forschungsinstituts Fors hat die SVP vor allem bei Wählern aus den Mittelschichten an Terrain verloren.

Wer wählt wen?

Schon in den vorangegangenen Wahlen hat die SVP primär Wähler aus unteren Bildungsschichten ohne Berufsausbildung und mit geringem Einkommen mobilisiert; dies gelang ihr 2011 erneut gut. Gegenüber 2007 hat die Volkspartei nun aber bei Wählern mit abgeschlossener Berufsbildung und mittlerem Einkommen an Stimmen verloren. Und in den höheren Bildungsschichten vermag sich die SVP nur schlecht durchzusetzen. Hier punkten nach wie vor die FDP und die SP, aber auch die Grünen und neu die Grünliberalen.

Unterschiede im Wahlverhalten finden sich auch etwa hinsichtlich der Altersstruktur. Die SVP mobilisiert gut unter den ganz jungen, vor allem aber im Segment der älteren Stimmbürger über 65 Jahre - hier fallen auf der anderen Seite die SP und die Grünen klar ab. Ausgeglichenere ist die Altersverteilung in der Wählerschaft von FDP und CVP, wogegen die Kurven bei den neuen Kleinparteien GLP und BDP gegensätzlich verlaufen: Die GLP mobilisiert stark bei Wählern unter 45 Jahren, die BDP kommt umgekehrt bei Wählern über 45 Jahre besser an.

Wo die Mitte steht

Interessant schliesslich für die CVP und die BDP dürfte im Hinblick auf angekündigte Kooperationsgespräche der Einfluss der Konfession sein: 2011 hat jeder vierte Katholik die CVP gewählt. Die Christlichdemokraten konnten aber nur 4 Prozent der Protestanten für sich gewinnen. Umgekehrt ist die BDP in protestantischen Gebieten stärker vertreten und mobilisiert ihre Wähler vor allem in dieser Konfessionsgruppe.

Wer hat nun aber 2011 Wähler an wen verloren? Solche Wählerwanderungen zwischen einzelnen Parteien lassen sich methodisch nicht ganz befriedigend untersuchen. Schätzungen auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse sind nur unter Zuhilfenahme riskanter Modellannahmen möglich, Umfragen dagegen beruhen auf dem oft kurzen Gedächtnis der befragten Stimmbürger. Insofern sind die Ergebnisse immer mit Vorsicht zu geniessen. Gemäss der Selects-Befragung setzt sich die Wählerschaft der BDP zu ungefähr gleich grossen Teilen aus vormaligen Wählern der SVP, der FDP und der SP zusammen, während die GLP 2011 vorab frühere Wähler der FDP, der SP und der Grünen angezogen hat. Zwischen den bürgerlichen Traditionsparteien FDP, CVP und SVP kam es 2011 kaum zu Wanderungen, wogegen die Grenze zwischen SP und Grünen nach wie vor sehr fließend ist.

Aus diesen Resultaten lassen sich auch Hinweise auf den ideologischen Standort der Parteien gewinnen - etwa was die sogenannte «neue Mitte» anbelangt. Bestätigt werden sie von Selbsteinschätzungen der Wähler auf der Links-Rechts-Skala: Da finden sich zunächst einmal klare Zuordnungen an den Polen, indem sich Anhänger der SP und der Grünen zu je rund 80 Prozent links der Mitte stehend definieren, während umgekehrt rund 80 Prozent der SVP-Wähler rechts der Mitte stehen.

Bei den neuen Mitteparteien nun akzentuieren sich die aus den Wählerwanderungen erhobenen Nuancen: Die Wählerschaft der GLP verortet sich selber deutlich links von der Wählerschaft der BDP, Letztere reiht sich auf der Links-Rechts-Skala zwischen der CVP und der FDP ein. Weniger als 10 Prozent der BDP-Wähler sehen sich selber als links von der Mitte stehend, während sich unter den GLP-Wählern fast jeder zweite eher links der Mitte verortet.

Der BDP fehlt das Thema

Wahlerfolge und -niederlagen werden immer auch durch die Konjunktur von Themen mitbestimmt. Anders als 2007 mit der Ausschaffungsinitiative gelang es der SVP 2011 nicht mehr, Kriminalität und Sicherheit in den Vordergrund der Diskussionen zu rücken. Gemäss Selects-Studie waren nun Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung weit relevanter, was letztlich der SP geholfen haben dürfte. Weitere wichtige Themen im Wahljahr waren Umwelt und Energie, was offenbar die GLP besser in Stimmen umzusetzen verstand, als das den Grünen gelang. Die beiden Parteien werden indes von den Wählern gleichermassen mit Umwelt- und Energie-Themen in Verbindung gebracht. Die Migrationspolitik wiederum bleibt klar eine Domäne der SVP - darauf folgt die SP, deren Kernthema indes die Sozialpolitik ist, was etwas weniger ausgeprägt auch für die CVP gilt. Die Steuerpolitik schliesslich wird von den Wählern thematisch der FDP zugeschrieben.

Auffällig an dieser Themenanalyse ist, dass die BDP bisher kein thematisch eigenständiges Profil hat aufbauen können. Sie wird jedenfalls von den Wählern mit keinem politischen Thema häufig in

Verbindung gebracht.

Isolierte SVP

Die SVP hat nicht nur bei den Nationalratswahlen Einbussen hinnehmen müssen, sie hat auch bei den Ständeratswahlen nicht reüssiert. Im Rahmen von Selects wurde auch das Wahlverhalten bei der Bestellung der kleinen Kammer analysiert. Was schon aus den offiziellen Ergebnissen leicht ablesbar war: Die vielerorts prominenten Ständeratskandidaten der SVP erhielten von Anhängern anderer Parteien auffällig wenig Unterstützung.

Was Selects nun zum Ausdruck bringt: Umgekehrt haben sich auch die SVP-Wähler selber zurückhaltend gezeigt, was die Unterstützung von Kandidaten anderer Parteien anbelangt. So wurde beispielsweise die zweite Linie auf den Listen von SVP-Wählern häufig nicht ausgefüllt - was in einzelnen Kantonen von der Partei auch ausdrücklich so propagiert wurde.

Die Selects-Forscher deuten diese Ergebnisse wie folgt: Die Isolation der SVP sei 2011 gross gewesen, und die Partei sei zum «Opfer» ihrer selbst herbeigeführten parteipolitischen Polarisierung geworden. Nun hat die SVP zwar gerade aufgrund ihres provokativen Politikstils in den vergangenen Jahren stark zulegen können, die Selects-Forscher gehen indes davon aus, dass sich diese Abgrenzung nun gegen die SVP selber gerichtet habe. Erstens habe die Volkspartei ihr Wählerpotenzial bereits sehr stark ausgeschöpft, und zweitens sei dieses Potenzial möglicher SVP-Wähler insgesamt zurückgegangen.

Wählerpotenziale werden bei Selects mittels einer demoskopisch erhobenen «Wahlwahrscheinlichkeit» erhoben: Befragte können auf einer Skala zwischen 0 und 10 angeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie unabhängig vom effektiven Wahlentscheid allenfalls auch anderen Parteien ihre Stimme geben würden. Gemäss Selects ist das Wählerpotenzial von FDP, GLP und SP mit je rund 40 Prozent am höchsten, dasjenige von SVP, CVP und GPS liegt bei rund 35 Prozent, das der BDP bei 30 Prozent.

Im Vergleich zur Studie 2007 ist das Wählerpotenzial der Grünen, der SVP und der CVP geschrumpft, während für die FDP diesbezüglich etwas bessere Zukunftsaussichten bestehen. Hinsichtlich der Ausschöpfung des jeweiligen Wählerpotenzials ergeben sich keine markanten Veränderungen zu 2007. Es ist vor allem die SVP, die ihr Potenzial sehr gut nutzt, es folgen die SP, die FDP und die CVP. Umgekehrt liegt bei der BDP und der GLP noch viel von diesem theoretisch erfassten Potenzial brach.

Die Forscher kommen zum Schluss, dass die Potenzial-Schätzungen das «doppelte Dilemma» der SVP und die Grenzen ihres Wachstums aufzeigen: Der pointierte Rechtskurs sei zum Erhalt der Wähleranteile erforderlich, begrenze aber gleichzeitig die Wachstumsmöglichkeiten zur Mitte hin.

Georg Lutz: Eidgenössische Wahlen 2011. Wahlteilnahme und

Wahlentscheid. Selects - Fors, Lausanne 2012. Die Basiserhebung erfolgte bei 4391 Stimmberechtigten innert drei Wochen nach den Wahlen.